

# Wie wird die Regierung Lula III aussehen? Reflexionen im Gewerkschafts- und Arbeitsbereich

José Pastore <sup>1</sup>

## Zusammenfassung

Dieser Essay versucht, basierend auf der Geschichte der PT und früherer Regierungen (2003-16), vorherzusagen, wie die neue Regierung Lula sich darstellen wird. Eines der Merkmale dieser Zeit war die intensive Nutzung von Kommissionen, Ausschüssen und Konferenzen, um die unterschiedlichsten Themen (Gesundheit, Bildung, Arbeit, Umwelt usw.) zu behandeln. Auf dieser Basis untersucht dieser Essay die Wiederholung oder Rücknahme dieser Praxis, die einerseits der Parteibasis eine Stimme gab, andererseits aber die öffentliche Verwaltung verlangsamte und politisierte. Insbesondere werden die Auswirkungen dieses Regierungsstils im Gewerkschafts- und Arbeitsbereich untersucht. Die erste übernimmt die Suche nach neuen Finanzierungsformen für Gewerkschaften und Veränderungen in deren Organisation in Brasilien vorweg, einschließlich der gewerkschaftlichen Organisation von Arbeitnehmern auf digitalen Plattformen und anderen Arbeitsweisen. In der zweiten werden mögliche spezifische Änderungen in der Arbeitsreform untersucht, mit Schwerpunkt auf Outsourcing, Massentlassungen, Tarifverhandlungsregeln, Gesundheits- und Sicherheitsstandards und neuen Formen der Auftragsvergabe.

## 1. Kurze Analyse des wirtschaftlichen Szenarios

Nach zwei Jahren Pandemie, Dürre in der Landwirtschaft und Energiekrise (verursacht durch den Krieg in der Ukraine), zeigte die brasilianische Wirtschaft erste Anzeichen einer Erholung. Für 2022 wird die BIP-Wachstumsrate auf 2,8 % geschätzt; die Inflation sollte bei 5,7 % liegen; die Arbeitslosenquote bei 8 %; und die Handelsbilanz bei etwa 55 Milliarden US-Dollar. <sup>2</sup>

Aber nicht alles ist perfekt. Das Ungleichgewicht der öffentlichen Finanzen ist gravierend. Eine eventuelle Expansionspolitik von Lula zur Erfüllung seiner Wahlkampfversprechen wird eine restriktive Politik der Zentralbank mit einer Erhöhung

---

<sup>1</sup> Professor im Ruhestand an der Fakultät für Wirtschaft und Verwaltung der Universität São Paulo. Der Autor ist dankbar für die Vorschläge und Kommentare von Bolivar Lamounier, Emerson Casalli, Hélio Zylberstajn, José Augusto C. Fernandes, José Paulo Chahad, José Roberto Mendonça de Barros, Magnus R. Apostolico, Marcel Solimeo, Murillo Aragão, Paulo Delgado, Sylvia Lorena und Uziel Nussbaum. Für Kontakt: [j.pastore@uol.com.br](mailto:j.pastore@uol.com.br)

<sup>2</sup> Konjunkturschreiben, Brasília: IPEA, 3. Quartal 2022

der Zinssätze und einer Verringerung des Wirtschaftswachstums zur Folge haben.<sup>3</sup>

Ein ähnliches Problem betrifft mehrere Länder. Eine ungewöhnliche Inflation von mehr als 7 % zwingt die Zentralbanken der führenden Nationen dazu, die Zinssätze deutlich anzuheben, derart, dass eine weltweite Rezession vorauszusehen ist, die dann auch Brasilien treffen kann.

All dies zeigt, dass die Regierung bei dieser rauhen See mit großer Vorsicht navigieren muss. In Brasilien können politische Themen die Schwierigkeiten verschärfen, wie etwa ein eventuelles Tauziehen zwischen dem Politikbereich und dem Wirtschaftsbereich der neuen Regierung.

Aus der Lösung dieser Situation werden sich klarere Richtlinien für die Regierung Lula in 2023-26 ergeben. Im Moment bestehen mehrere Probleme. Inwieweit wird die Regierung das Fiscal Responsibility Law respektieren? Wie werden sich die PT und ihre Verbündeten in Bezug auf die Privatisierungen verhalten? Wie wird man mit den verschiedenen Fraktionen und Spannungen in der Koalition, die Lula gewählt hat, umgehen? <sup>4</sup> Und was sind die möglichen Auswirkungen des neuen Regierungsstils im Gewerkschafts- und Arbeitsbereich?

## **2. PT: Vergangenheit und Gegenwart**

Die Arbeiter Partei, gegründet am 10. Februar 1980, entstand im Gefolge des mit Katholizismus vermischten Marxismus. Trotz der Sympathie intellektueller Gruppen, zeigte die PT bald starke Wurzeln in sozialen Basisbewegungen in einer sehr ungleichen Gesellschaft. Von Anfang an präsentierte sie sich als Verteidiger der mittellosen Klassen. <sup>5</sup> Und in dieser Verteidigung war sie lange Zeit in der Opposition. Es sollte daran erinnert werden, dass Lula und die PT-Abgeordneten weder die Verfassung von 1988 noch das Gesetz über das steuerliche Abkommen im Jahr 2000 unterzeichnet haben. Sie haben den Real-Plan, das flexible Wechselkurssystem und das System der

---

<sup>3</sup> Die ersten Entscheidungen der Übergangsguppe der Lula-Regierung versprechen gigantische Ausgaben, die auf R\$ 175 Milliarden geschätzt werden, um die Wahlkampfversprechen in den Bereichen Bolsa Família, zusätzliche pro Kind, reale Erhöhung des Mindestlohns und Änderung der Einkommensteuertabelle zu erfüllen.

<sup>4</sup> In der ersten Runde hatte Lula die Unterstützung von PT, PV, PCdoB, PSOL, Rede, PSB, Solidariedade, Pros, Avante und Agir. In der zweiten Runde schlossen sich PDT, Citizenship, PCB, PSTU, PCO und Popular Unit an. Es gab 16 Parteien.

<sup>5</sup> Für eine detaillierte Analyse der Entwicklung der Arbeiterpartei siehe Celso Rocha de Barros, **PT - uma história**, São Paulo: Companhia das Letras, 2022.

kontrollierten Inflation angefochten. Die Partei schlug die Transformation der Wirtschaft vor, in der der Unternehmerstaat die Lokomotive der wirtschaftlichen Entwicklung sein sollte. Die PT war schon immer gegen Privatisierungen. Es gab eine Zeit, in der, von der Arbeiterpartei ausgehende Initiativen, die Besetzung ländlicher und städtischer Besitztümer förderten. In Lulas beiden Amtszeiten (2003-2010) betrug die Anzahl der Vereinnahmungen ländlicher Grundstücke durchschnittlich 246 pro Jahr. Bei Dilma Rousseff (2011-2016) sank sie auf 162. Unter Michel Temer (2016-2018) waren es 27 pro Jahr und bei Jair Bolsonaro neun. Eine drohende Rückkehr zur Vergangenheit wurde bereits vorhergesehen. "Ich denke, dass Lulas Sieg als natürliche Folge eine Wiederbelebung" für uns haben wird, um die großen Massenmobilisierungen wieder aufzunehmen", sagt [João Pedro] Stedile, der sich durch räuberische Invasionen auf dem Land einen Namen gemacht hat.<sup>6</sup>

#### **a. Versammlungen als Arbeitsmethode**

Die PT hat nie ihren Wunsch verheimlicht, die repräsentative Demokratie durch partizipatorische Demokratie zu ersetzen, mit breiter Meinungs-, Wahl- und Aktionsfreiheit für soziale Basisbewegungen. Um der partizipativen Demokratie Leben einzuhauchen, praktizierte die PT intensiv Versammlungen durch die Aktivierung zahlloser lokaler, kommunaler, staatlicher Ausschüsse und nationaler Konferenzen. Das angebliche Ziel war es, Vorschläge für die öffentliche Politik zu erhalten. Ebenso die Ausschüsse und Konferenzen für Senioren, Frauen, Wasserressourcen, Kampf gegen Diskriminierung, Behindertenrechte, Solidarische Ökonomie, Städte, Jugend, Kinderarbeit und vieles mehr.<sup>7</sup> Einige Initiativen waren internationaler Natur, wie die Nationale Konferenz für Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit, die 2012 unter Beteiligung der ILO stattfand.

In praktisch allen Fällen waren die Diskussionen in diesen Gruppen endlos und die Schlussfolgerungen (sofern sie erzielt wurden) füllten die Berichte, die sich in den öffentlichen Stellen anhäuften. Diese Arbeit in Versammlungen verzögerte Regierungsentscheidungen. Der Staat, der normalerweise langsam ist, wurde durch diese Arbeitsweise noch langsamer.

---

<sup>6</sup> "MST acena com retomada de invasões de terras em caso de vitória de Lula", **Veja**, 05.09.2022.

<sup>7</sup> Für einen umfassenden Überblick über die zahlreichen Konferenzen und Räte, die unter PT-Regierungen geschaffen wurden, siehe Secretaria Nacional de Articulação Social, "Participação Social no Governo Federal – Conferências Nacionais e Conselhos Nacionais", [www.planalto.gov.br/secgeral](http://www.planalto.gov.br/secgeral)

Es scheint, dass diese Arbeitsweise fortgesetzt wird. Das besagen die „Richtlinien der Lula/Alckmin-Regierung für 2023-26“:

„Wir setzen uns dafür ein, den Dialog mit allen sozialen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Volksvertretungen wieder aufzunehmen und sie als wichtige Protagonisten beim Wiederaufbau Brasiliens zu verstehen.“<sup>8</sup>

Mit der Versammlungspraxis hat sich die PT immer auf die Seite verletzlicher Gruppen, wie Gewerkschaften, NGOs und Vertreter von „Kollektiven“ gestellt.<sup>9</sup> Basisgruppen hatten das Gefühl, eine Stimme zu haben. Viele Vertreter dieser Gruppen wurden auf Positionen verschiedenster Ebenen berufen.<sup>10</sup>

In der Regel zielten die Vorschläge der Versammlungen immer darauf ab, das Legitime in das Legale umzuwandeln, ungeachtet dessen, dass jedes Recht seinen Preis hat.<sup>11</sup> Infolgedessen übte die Versammlung starken Druck auf die Exekutive und die Legislative aus. Eine 2009 durchgeführte Umfrage ergab, dass rund viertausend Gesetzentwürfe von zweitausend Richtlinien inspiriert wurden, die in nationalen Konferenzen entstanden.<sup>12</sup> Die meisten Vorschläge wurden jedoch nicht realisiert.

Diese Treffen verursachten enorme Ausgaben für die Regierung (Reisen, Raummiete, Verpflegung, Beratungsdienste usw.). Für die PT war es wichtig, die dauerhafte Mobilisierung aufrechtzuerhalten – eine indirekte Möglichkeit, den Verwaltungsapparat aufzublasen. Bei den Wahlen fungierten viele Teilnehmer dieser Gruppen als Wahlhelfer.

---

<sup>8</sup> “Diretrizes para o Programa de Reconstrução e Transformação do Brasil – Lula-Alckmin 2023-2026”.

<sup>9</sup> Kollektive sind Gruppen, die nach Themen (Geschlecht, Rasse, Gewerkschaften usw.)

<sup>10</sup> In Lulas erster Amtszeit zielte die Ausstattung des Staates auf Bundesebene auf die höchsten und strategisch wichtigsten Positionen. Ungefähr 45 % der obersten Regierung (wobei Positionen auf den Ebenen 5 und 6 berücksichtigt werden) bestand aus Gewerkschaftern, die mit der CUT und der PT in Verbindung stehen. Siehe Maria Celina de Araujo, **A Elite dirigente do governo Lula**, Rio de Janeiro: Fundação Getúlio Vargas, 2010

<sup>11</sup> Stephen Holmes, Cass R. Sunstein, **O custo dos direitos: Por que a liberdade depende dos impostos**, São Paulo: Ed. Martins Fontes, 2019

<sup>12</sup> Thamy Progrebinschi, “As Conferencias Nacionais e o Experimentalismo Democrático Brasileiro”, Rio de Janeiro: IUPERJ, 2009.

Bis 2014 hatten mehr als sieben Millionen Brasilianer an diesen Versammlungen teilgenommen.<sup>13</sup> Die Lula-Regierung hat sogar ein „Spezialisierungsprogramm für partizipative Demokratie, Republik und soziale Bewegungen“ eingeführt.

### **b. Wiederaufleben dieser Versammlungen 2023-26?**

Der Modus der Versammlungen wurde bis zum Ende der Regierung Dilma Rousseff (2016) praktiziert. Seitdem haben sich die Zeiten geändert. Die Pandemie selbst hat gezeigt, dass es unnötig ist, so viele Ressourcen für persönliche Treffen aufzuwenden. Telearbeit wurde konsolidiert. Werden PT und verbundene Parteien auf einer persönlichen Versammlung bestehen oder werden sie sich für einfachere virtuelle Treffen entscheiden? Oder werden sie von dieser Praxis absehen?

Ein Rückzug erscheint unwahrscheinlich. Lula kündigte in seiner ersten Rede als designierter Präsident die Neugestaltung des „Conselhão“ (Ausschuss für wirtschaftliche und soziale Entwicklung) an. Der Zweck scheint derselbe zu sein: der partizipativen Demokratie Leben einzuhauchen, wie seine Worte besagen:

„Lassen Sie uns in unserer Regierung wieder auf die Basis hören: Lassen Sie uns wieder nationale Konferenzen veranstalten, um öffentliche Maßnahmen in jedem Bereich vorzuschlagen: Bildung, Gesundheit, Kultur, Wohnen, ...“  
[er zitiert eine lange Liste von Themen]. „Die großen politischen Entscheidungen werden nicht geheim in Hinterzimmern getroffen, sondern nach einem breiten Dialog mit der Gesellschaft“.<sup>14</sup>

Die Richtlinien der Regierung „Lula/Alckmin 2023-26“ besagen ausdrücklich:

„Wir brauchen eine politische Reform, die die Institutionen der repräsentativen Demokratie stärkt und gleichzeitig die Instrumente der partizipativen Demokratie erweitert“ ... „Dazu braucht es die Eröffnung einer breiten nationalen Debatte“.

Diese Versammlungspraxis scheint sich fortzusetzen. Die ersten Anzeichen zeigten sich in der Gründung von 31 Themengruppen, um den Übergang von der Regierung

<sup>13</sup> Secretaria do Governo Federal, “Conferências Nacionais 2013-14”, Brasília, 2015

<sup>14</sup> Siegesrede in der Avenida Paulista am 30.10.2022

Bolsonaro zur Regierung Lula zu gestalten. Jede Gruppe setzt sich aus vier Mitgliedern zusammen, einem Verwaltungsassistenten und fünfzehn Freiwilligen. Am 16.

November 2022 hat die Gruppe 283 Personen. Zusätzlich wurde ein Gremium für den Regierungsübergang geschaffen, der sich aus 12 Vertretern politischer Parteien zusammensetzt.

Es gibt jedoch Maßnahmen, die Schnelligkeit und technische Kompetenz erfordern. Zum Beispiel bei der Kontrolle des öffentlichen Defizits, was für das Anwerben von Investitionen von entscheidender Bedeutung ist. Ebenso wichtig sind Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Mit anderen Worten, Lula muss eine strenge Wirtschaftspolitik in einem Umfeld umsetzen, das Versammlungspraxis, Arbeitsbeschaffung und Ausgaben erfordert. Viele der Führer der sozialen Bewegung haben bereits deutlich gemacht, dass sie sich Lula nicht widersetzen werden, aber sie werden ihre Anliegen nicht zugunsten der Erreichung wirtschaftlicher Ziele aufgeben. „Wir müssen das Eine mit dem Anderen verbinden“, so versprechen die Führer des MST.<sup>15</sup>

Inwieweit wird dies die Geschwindigkeit des Wirtschaftswachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen beeinflussen? Welche Auswirkungen wird dieser Konflikt für die Gewerkschaften und die allgemeinen Arbeitsbeziehungen haben?

Die Versammlungspraxis könnte besonders in der Diskussion sozialer Fragen (Bildung, Gesundheit, Wohnen, indigene Völker usw.) und in ideologischen Themen, wie beispielsweise Medienkontrolle, Gewerkschaftsreform und Arbeitsrecht, Gestalt annehmen.

### **c. Medienkontrolle**

Zu den von der PT in früheren Regierungen vorgeschlagenen Richtlinien gehört die Kontrolle der Medien und der Kultur. Die Anregung dazu scheint von den Vorschlägen Antônio Gramscis gekommen zu sein.<sup>16</sup> Gramsci vertrat die Ansicht, dass der beste Weg zur Umsetzung einer partizipativen Regierung über die Mechanismen der Überzeugung und nicht über bewaffnete Interventionen wie in Russland im Jahr 1917

---

<sup>15</sup> „Lula terá relação delicada com movimentos sociais no novo governo“, Erklärung von João Paulo Rodrigues, Koordinator des MST, **Folha**, 13.11.2022

<sup>16</sup> Antônio Gramsci, **Cadernos do cárcere**, Rio de Janeiro: Ed. Civilização Brasileira, 2001

führt. Zu den Überzeugungsprozessen gehörte die absolute Kontrolle von Bildung, Kultur und Presse.

Während des Wahlkampfs 2022 bekräftigte Lula erneut seinen Wunsch, das brasilianische Telekommunikationsgesetz (1962), das Radio- und Fernsehsender kontrolliert, zu verändern. Dies ist ein altes Vorhaben. 2010 koordinierte der Journalist Franklin Martins, als Minister für Kommunikation, die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zu diesem Zweck. Es handelt sich um ein 97-seitiges Dokument und 297 Artikel, die bis 2020 vertraulich blieben, bis sie dann in einer an der Universität von São Paulo vorgelegten Doktorarbeit veröffentlicht wurden.<sup>17</sup>

Auf diesem Gebiet scheinen Lula und die PT die Idee zu hegen, Sprache und Denken in den verschiedenen Medien in Brasilien zu kontrollieren, wie es in China, Kuba, Nicaragua, Venezuela und anderen Nationen der Fall ist. Sie argumentieren, dass Radio- und Fernsehunternehmen privat und wirtschaftlich geführt sind. Da es sich um staatliche Konzessionen handelt, müssen sie der demokratischen Kontrolle unterliegen. Dazu gehört die Kontrolle von Zeitungen und sozialen Medien. Es ist die Rede von einer neuen Informationspolitik, bei der der Bevölkerung die Kontrolle obliegen würde.

In einer kürzlich gehaltenen Rede bekräftigte Lula seine Absicht, dieses Thema vor den Nationalkongress zu bringen. Unter Bezugnahme auf den Entwurf von Franklin Martins sagte er:

„Ich muss eine Selbstkritik üben. Wir haben die Reform der Kommunikation, die Kontrolle (der Medien), nicht so behandelt, wie sie behandelt werden sollte. Wir haben (in meiner Regierung) ein Programm genehmigt, damit wir die

---

<sup>17</sup> Camilo Vannuchi, “Direito humano à comunicação”, Doktorarbeit, School of Communications and Arts, University of São Paulo, 2020. In diesem Entwurf schlug Franklin Martins einen mächtigen Mechanismus zur Regulierung der Medien vor, nämlich (1) die Erstellung des Nationalen Kommunikationsplans; (2) die Einrichtung des National Communications Policy Council; (3) die Umwandlung von ANCINE in die National Electronic Social Communication Agency; (4) eine Neuordnung der Zuständigkeiten des Ministeriums für Kommunikation; (5) eine Neuordnung der Befugnisse von ANATEL; (6) die Organisation von elektronischen Kommunikationsdiensten, einschließlich Telekommunikationsdiensten; (7) die Organisation elektronischer Mediendienste; (8) die Organisation von Rundfunkdiensten.

Medien regulieren können. (. . .) Ich weiß nicht, warum diese Gesetzesvorlage nicht durch den Kongress gebracht wurde.“<sup>18</sup>

Das Thema ist sehr heikel. Es ist unwahrscheinlich, dass neu gewählte Parlamentarier im Jahr 2022 der Idee zustimmen werden, die Medien durch restriktive Gesetze zu regulieren. Es bleibt dem PT überlassen, diese Eingriffe bürokratischer Art durchzuführen und zu überprüfen.

#### **d. Gramsci und PT**

Bei der historischen Gründung der PT waren die ersten Führer von Gramscis schrittweiser Strategie überzeugt. Zusammen mit Francisco de Oliveira und João Pedro Stédile vertrat José Genoíno, Präsident der PT, folgendes:

„Basierend auf Antonio Gramscis Formulierungen akzeptieren linke Parteien die Vorgaben des demokratischen politischen Spiels ... Es geht darum, schrittweise für die politische, kulturelle und moralische Hegemonie (Werte) innerhalb demokratischer Gesellschaften zu kämpfen“.<sup>19</sup>

Tarso Genro, der auch Präsident der PT war, veröffentlichte ein Buch in die gleiche Richtung

„Die Anpassung an neue Arbeitsmethoden kann nicht nur durch Zwang geschehen. Dies muss klugerweise mit Überzeugung und Konsens kombiniert werden.“<sup>20</sup>

„In der Informationsfrage bedarf es einer Strategie, die die Gesellschaft auf eine Form des demokratischen Sozialismus hinlenkt, die auf einer Staatsstruktur mit politisch-administrativem Charakter beruht ...“<sup>21</sup>

Kurz gesagt, für die Pioniere der PT-Gründung musste der neue Sozialismus durch eine

---

<sup>18</sup> “Lula fala sobre regulação da mídia e é criticado por apologia à censura”, **R7, Refletindo sobre a notícia**, 23.08.2021.

<sup>19</sup> José Genoíno et. al., **Classes sociais em mudança e a luta pelo socialismo**, São Paulo: Editora Perseu Abramo, 2000. Der obige Auszug wurde veröffentlicht in José Genoíno, “A esquerda e as reformas”, Zusammenfassung veröffentlicht in **O Estado de S. Paulo**, 07.06.2003.

<sup>20</sup> Tarso Genro, **Esquerda em Processo**, São Paulo: Ed. Vozes, 2004, p. 48.

<sup>21</sup> Tarso Genro, op. cit., p. 87



„spontane Revolution“ auf der Grundlage von Bildung, Propaganda und massiven Aktionen mit vulnerablen Gruppen gesucht werden.<sup>22</sup> Es war klar, dass Macht nicht genommen wird, sie wird aufgebaut. Die PT wollte als hegemoniale Partei ein jahrzehntelanges Machtprojekt festigen.

Mit dem Ausbruch von Korruptionsskandalen in Lulas erster Amtszeit im Jahr 2005 („Mensalão“) wurde er jedoch dazu veranlasst, die angestrebte Strategie auszusetzen, Sozialprogramme zu intensivieren und darauf basierend den Mittellosen durch Familien-Grundeinkommen (Bolsa Família) zu helfen. , PROUNI , FIES, Apotheken fürs Volk (Farmácia Popular), Strom für Alle, Zisternen und eine echte Erhöhung des Mindestlohns, Kreditmaßnahmen und andere Anreize für Unternehmer.<sup>23</sup>

Dies ist die Geschichte der ersten Schritte der PT in der Zentralregierung. Gibt es in Brasilien noch Platz für eine hegemoniale politische Partei? Das ist unwahrscheinlich. In den ersten Wochen nach der Wahl verhandelte Lula bereits mit MDB, PSD, União Brasil und anderen Parteien, die die Idee der Hegemonie nicht unterstützen. Ebenso verteidigen die großen Parteien, wie die Agro und die Evangelikalen, langfristige Interessen fern jeder Hegemonie.

#### e. Ausbau des Staats

Die starke Ausweitung des Staats war in den Regierungen der PT immer präsent. Zwischen 2005 und 2006 hat die Lula-Regierung 404.000 Stellen für Beamte in der öffentlichen Verwaltung geschaffen, direkt und durch Vereinbarungen mit Bundesstaaten und Kommunen. Auf Bundesebene stieg die Zahl der Beamten von 31 auf 317.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> Gramsci machte sozialistische Aktivisten darauf aufmerksam, dass die Arbeiter die Mittelschicht und die Elite nicht hassen und auch nicht bereit sind, die bestehende Ordnung zu zerstören. Wichtig ist, die vorherrschenden Werte in diesen Klassen zu zerstören, was Überzeugungsarbeit und bewusstes Handeln erfordert. Der neue Sozialismus würde also auf einer Revolution mit dem Volk beruhen und nicht ohne das Volk, wie es 1917 in Russland der Fall war. Antônio Gramsci, **Cadernos do cárcere**, São Paulo: Ed. Civilização Brasileira, 2002; Sergio Augusto de Avellar Coutinho **A Revolução Gramscista no Ocidente**, São Paulo: Editora Ombro a Ombro, 2005; Marcel Domingos Solimeo, “Gramsci e o Brasil”, São Paulo: Associação Comercial de São Paulo, 2015.

<sup>23</sup> Um Produktion und Wachstum sicherzustellen, wurden einige Steuererleichterungen genehmigt, Anreize für sektorale Investitionen (nationale Champions) und die Ausweitung der Kreditvergabe an Verbraucher, insbesondere in Verbindung mit Gehaltsabrechnungen und Renten und Pensionen.

<sup>24</sup> “Lula triplica número de carreiras no Executivo”, **Folha**, 20.06.2010.

Bei der Ausstattung des Staats hatte die Einstellung tausender Gewerkschaftsführer Vorrang<sup>25</sup> die zu Schlüsselfiguren wurden, um die Philosophie von PT voranzubringen.

<sup>27</sup> Die Gewerkschaftszentralen erhielten Ressourcen von der Regierung auf der Grundlage eines von Lula eingebrachten und vom Nationalkongress gebilligten Gesetzes (Gesetz 11.648/2008), das die Einstellung vieler Militanter vorsah, um gewerkschaftliche und politische Aktionen zu verstärken.

Von der Regierung Michel Temer wurde der Staat nach und nach abgebaut. Aber die Neuaufrüstung des Staats ist wahrscheinlich. Für die Jahre 2023-26 kündigte Lula die Schaffung von mehr als 30 Ministerien an. Die mit großer Bedeutung (Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit und Grundsicherung (Bolsa Família)) wecken großes Interesse bei Gewerkschaftern und Führern sozialer Bewegungen.

Mit der PT an der Macht verringern sich die Möglichkeiten der Privatisierung, weil ein großer Teil der Beschäftigung in staatlichen Unternehmen erfolgt. Während des Wahlkampfs kündigte Lula die Überprüfung der von Jair Bolsonaro gemachten Zugeständnisse an. In seiner Amtszeit privatisierte Bolsonaro 1/3 der staatlichen Unternehmen (73 Unternehmen), die rund 300 Milliarden R\$ erwirtschafteten.<sup>26</sup> Allein im Verkehrsbereich brachten die Konzessionen 100 Milliarden BRL ein und könnten bis Ende 2022 auf 200 Milliarden BRL ansteigen.<sup>27</sup>

Weil sie Gegner von Privatisierungen sind,<sup>28</sup> könnten die militante Arbeiterpartei und deren Anhänger möglicherweise die Regulierungsbehörden kontrollieren, so wie sie es in früheren Regierungen getan haben.<sup>29</sup> Dies ist ein sensibles Feld. Jede Komplikation im Bereich der Konzessionsregulierung kann große Investitionen in den Bereichen Energie, Abwasserentsorgung, Öl, Kommunikation und anderen beeinträchtigen.<sup>30</sup>

---

<sup>25</sup> In gewisser Weise war das Eindringen von Gewerkschaftern in den öffentlichen Apparat eine Neuauflage des Prozesses der Kooptation von Gewerkschaften durch die Regierung, nach dem Muster des von Getúlio Vargas praktizierten Korporatismus.<sup>27</sup> Merval Pereira, "Máquina politizada", **O Globo**, 23.01.2010

<sup>26</sup> "Bolsonaro arrecada R\$ 304,2 bilhões com privatizações", **Poder**, 17.07.2022.

<sup>27</sup> "Privatizações [em transporte] geraram R\$ 100 bilhões e Governo quer dobrar valor", sagt Minister Marcelo Sampaio, **Suno Notícias**, 15.06.2022.

<sup>28</sup> Was auch immer der angebliche Grund sein mag, staatseigene Unternehmen wurden schon immer für politische Beschäftigungen benutzt, nicht nur für die PT, sondern für praktisch alle Parteien.

<sup>29</sup> In der ersten Amtszeit blockierte die Lula-Regierung 79 % der Ressourcen der Regulierungsbehörden.

<sup>30</sup> Hier gibt es einen interessanten kulturellen Aspekt. Meinungsumfragen zeigen, dass die meisten Brasilianer die Verstaatlichung mehr mögen als die Privatisierung. Der einzige Bereich, in dem die Privatisierung von den Menschen bevorzugt wird, ist die Telefonie aufgrund des einfachen Zugangs zu Mobiltelefonen. Antônio Carlos Almeida, **A Cabeça do Brasileiro**, Rio de Janeiro: Editora Record,

Während der 14 jährigen Regierungszeit der PT, wuchs, mit dem Eindringen militanter Gewerkschaftler und NGOs in die Regierungsbürokratie und in die verschiedenen Gremien, Kommissionen und Konferenzen, die Korruption, welche die letzten Jahre der Lula-Regierung beherrschte wie im Fall des "Petrolão".

### **3. Entscheidungsfindungsprozess in der Regierung Lula III**

Was kann von der Regierung im Hinblick auf die Effizienz der brasilianischen Wirtschaft erwartet werden? Die PT-Regierung war schon immer von einer bürokratisch-gewerkschaftlichen Linken geprägt, die danach strebte, Macht zu haben, um sich selbst die Kontrolle über den Staat zu erhalten. Es handelt sich dabei nicht um eine revolutionäre Linke. Lula ist ein Konservativer. Ihm ist bewusst, dass Wirtschaftswachstum fundamental ist für die Stärkung der Regierung und ihr Überleben.

Dies dürfte im Zeitraum 2023-26 ein anregenderes und zügigeres Geschäftsumfeld schaffen. Darüber hinaus wird die Regierung mit der Wahl von Mitte-RechtsParlamentariern und Sympathisanten des Privatsektors auf eine heftige Opposition treffen, die übertriebene Versammlungen hasst. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich diese Parlamentarier letztendlich Lulas Appellen anschließen, wenn ihnen dies politische Vorteile bringt.

#### **a. Ist es vorteilhaft in Brasilien zu investieren?**

Das Konsumpotenzial Brasiliens ist enorm. Eine gute Politik im Geschäftsumfeld kann Brasilien dazu bringen, Chancen zu nutzen, die sich täglich bieten. Die Energiekrise in Europa z. B. zwang die Schließung energieintensiver Industrien in mehreren Ländern und ihre Wiedereröffnung in Brasilien, wie dies bei der Aluminiumproduktion der Fall ist. Saubere Energiealternativen in Brasilien ziehen globale Investoren an. Großes Privatkapital und Stiftungen suchen nach Unternehmen, die die ESG-Philosophie leichter umsetzen können <sup>31</sup>. Ein guter Umgang mit der Umweltfrage kann viele neue Unternehmen und Arbeitsplätze schaffen.

---

2007. Untersuchungen aus dem Jahr 2021 zeigten, dass fast 60 % der Brasilianer weiterhin gegen Privatisierungen sind. "Pesquisa mostra que 59% dos entrevistados são contra privatizações, **Veja**, 24.02.2021.

<sup>31</sup> ESG steht für „Environment and Social Governance“.

Darüber hinaus erweitert die Kaufkraftsteigerung der Ärmsten, die maßgeblich durch Einkommenstransferprogramme in Brasilien gefördert wird und die voraussichtlich fortgesetzt werden, die Absatz- und Gewinnmöglichkeiten.

### **b. Strukturreformen**

Aber nichts davon kommt ohne Strukturreformen aus. In diesem Bereich gibt es sehr heikle Themen für die militante Regierung der PT, wie die Verwaltungsreform, die die öffentlichen Bediensteten betrifft, von denen viele Gewerkschaften der Central Única

Trabalhadores (CUT), dem Gewerkschaftszweig der PT, angehören. In den Lula/Alckmin-Regierungsrichtlinien 2023-26 werden im steuerlichen, landwirtschaftlichen und städtischen Bereich usw. erwähnt, aber ohne Hinweis auf Verwaltungsreformen.

Die Bedeutung des steuerlichen Rahmens sollte Änderungen in der von der PT praktizierten Versammlungspraxis nach sich ziehen, die den Unternehmerstaat beiseite lassen, schnellere und besser orientierte Entscheidungen trifft und die das Humankapital, die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen Wirtschaft aufwerten.

Lula wiederholte während des Wahlkampfs mehrmals, dass er keine PT-Regierung sein werde, da der Sieg der erwähnten Koalition aus 16 Parteien zu verdanken sei. In der Koalition, die ihn gewählt hat, befinden sich Parteien wie PSOL, PCdoB, PSTU und viele Flügel der PT, die immer noch eine sektiererische Sicht auf den freien Wettbewerb haben, und die, die in die brasilianische Wirtschaft investieren und Geld verdienen wollen. Es ist klar, dass Lulas Gewicht größer ist als all dieser anderen Parteien. Aber seiner Freiheit sind Grenzen gesetzt. Letztendlich wird sein Regierungsstil Züge einer sehr komplexen Parteizusammensetzung beibehalten.

## **4. Aktionen im Gewerkschaftsbereich**

Die im Gewerkschaftsbereich durchzuführende Arbeit muss an mehrere Fronten stattfinden: Verbesserung der gewerkschaftlichen Vertretung, bessere Abstimmung zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaftszentralen, Neuformulierung von Vereinbarungen zwischen Regierung und Gewerkschaften nach dem Vorbild aus 14-jähriger Regierungszeit der PT.

Aufgrund der großen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt müssen Gewerkschaftsführer angeleitet werden, innovative Projekte umzusetzen. Die neuen Arbeitsweisen – auf eigene Rechnung, selbstständig, ausgelagert, über digitale Plattformen etc. – verursachen eine enorme Dezentralisierung der Arbeit und behindern gewerkschaftliches Handeln. Darüber hinaus hat die Anzahl der Gewerkschaftsführer selbst abgenommen, sodass die Mobilisierung und Integration großer Massen in Kommissionen, Gremien und Konferenzen geschmälert wird. Dies ist eine Herausforderung für das Reaktivieren der in der Vergangenheit praktizierten Versammlungspraxis.

#### **a. Die Kosten der Gewerkschaften**

Für Gewerkschaftszentralen und die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen besteht die oberste Priorität darin, wieder ein Finanzierungssystem einzurichten, das Stabilität für deren Aktionen bietet. Auf diesen Bereich beziehen sich die „Lula/Alckmin Government Guidelines 2023-26“:

„Die Entscheidungen für die solidarische und die demokratische Finanzierung der Gewerkschaften werden respektiert.“

Während der Kampagne wiederholte Lula mehrmals, dass der neue Beitrag nicht die alte Gewerkschaftssteuer sein wird und dass alles durch Tarifverhandlungen geregelt wird.

„Wir werden einen Runden Tisch für Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern, Geschäftsleuten und der Regierung einrichten, um eine Lösung zu finden“.<sup>32</sup>

Mehrere Gewerkschaftsführer haben über die Einrichtung eines Gewerkschaftsbeitrags gesprochen, der von der Versammlung der gewerkschaftlich organisierten und nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer genehmigt werden soll. Dieser Beitrag wäre Teil kollektiver Arbeitsverträge (Vereinbarungen und Konventionen) und würde von allen Arbeitnehmern erhoben, die von diesen Verträgen profitieren, mit dem Recht, sich dagegen zu wehren. Der Beitrag würde von der Gehaltsabrechnung abgezogen und direkt an die Gewerkschaften weitergegeben. Arbeitnehmer, die sich dagegen wehren, würden nicht in den Genuß der Vorteile aus diesen Verträgen kommen – was große Schwierigkeiten für die Personalverwaltung der Unternehmen nach sich ziehen würde.

---

<sup>32</sup> Erwähnung bei mehreren Treffen zwischen Lula und Geschäftsleuten.

Die Genehmigung dieses Systems erfordert Änderungen im Gesetz 13.467/2017 und in den Entscheidungen des obersten Gerichtshofs (STF).<sup>3334</sup>

Basierend auf Erklärung 24 des Staatsministeriums für Arbeit geht DIEESE davon aus, dass „die Arbeitnehmerversammlungen der verschiedenen Berufsgruppen die Befugnis haben, über die Erhebung von Gewerkschaftsbeiträgen zu beraten, und die Autonomie haben, Beträge und Fristen für die Zahlung festzulegen. Unter Wahrung des Widerspruchsrechts würde der Beitrag auf alle Arbeitnehmer ausgeweitet – gewerkschaftlich organisiert oder nicht“. Auf rechtlicher Ebene führt die Einführung eines Pflichtbeitrags für alle Arbeitnehmer zu einer komplexen Diskussion über deren möglichen steuerlichen Charakter.

<sup>36</sup>

Professionelle Verhandlungsführer berichten, dass Unternehmen Schwierigkeiten haben, mit Gewerkschaften verschiedener Berufsgruppen zu verhandeln. Sie sagen, sie stehen unter Druck, in irgendeiner Weise zu den oben genannten Gewerkschaften beitragen zu müssen. Viele sind bereit, dem obigen Vorschlag zuzustimmen. Die Entscheidung wird natürlich vom Nationalkongress getroffen. Dies ist ein sehr heikles und hochkomplexes Thema, das von den Parlamentariern gute Fachkenntnisse verlangt.

### **b. Freiheit der Gewerkschaften**

Alles deutet darauf hin, dass zur Lösung des Finanzierungsproblems und zur Ausweitung der Repräsentativität der Gewerkschaften die Führer der Gewerkschaftszentralen daran interessiert sind, eine Gewerkschaftsreform auf der Grundlage der von der Konvention 87 der ILO gepredigten Freiheit zu billigen.<sup>37</sup> Das Rückgrat dieser Reform wäre der Austausch der Konzepte der Kategorie und der territorialen Basis gegen die Repräsentativität.<sup>38</sup> In jedem Bereich würden nur die wichtigste Gewerkschaft oder die repräsentativsten Gewerkschaften verhandeln.

Das vorzuschlagende Modell wird höchstwahrscheinlich Elemente der gewerkschaftlichen Pluralität mit Barrieren enthalten, um eine Fragmentierung der Gewerkschaften zu vermeiden. Es wäre eine kontrollierte Pluralität. Die Vergewerkschaftung über Unternehmen wird abgelehnt. Gewerkschaften würden nach Branchen und Sektoren im Rahmen von Tarifverhandlungen gegründet, wobei die

---

<sup>33</sup> Die Erhebung von Beiträgen, die in Versammlungen und auf obligatorischer Basis genehmigt wurde, steht im Einklang mit dem Gesetz 13.467/2017 und Entscheidungen des STF, die die ausdrückliche Zustimmung jedes einzelnen Arbeitnehmers erfordern. Dies kollidiert auch mit Beschlüssen des STF, die die Mitglieder auf die obligatorische Erhebung jeglicher Beiträge beschränken.

<sup>34</sup> Die Beitragspflicht gegenüber Gewerkschaften kann als Steuer charakterisiert werden und bedarf in diesem Fall der Genehmigung durch ein Zusatzgesetz. Das Quorum für die Annahme des ergänzenden

Symmetrie auf der Unternehmensseite zu respektieren wäre. Um die Repräsentativität zu beurteilen, die Verhandlungsfelder abzusichern und gewerkschaftliche Konflikte zu lösen, würde eine Art Regulierungsbehörde für die gewerkschaftliche Organisation geschaffen.

Dieses Modell scheint ein Mittelweg zwischen Pluralität und Zentralisation zu sein. Viele neue Gewerkschaften könnten gegründet werden, aber nur die repräsentativsten hätten das Vorrecht, Tarifverhandlungen zu führen. Die konföderative Struktur würde

Gesetzentwurfs ist eine absolute Mehrheit der beiden Kammern des Kongresses (41 Senatoren und 257 Abgeordnete). Die Abstimmung im Bundessenat erfolgt in einem Durchgang, im Abgeordnetenhaus hingegen in zwei Runden. Angesichts der Zusammensetzung des Nationalkongresses für den Zeitraum 2023-26 scheint die Zustimmung zu dieser Angelegenheit ziemlich schwierig zu sein.

<sup>37</sup> Die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 87 erfordert eine Verfassungsänderung von Brasilien.

<sup>38</sup> Die Repräsentativität würde regelmäßig von einer zweigliedrigen Kommission aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern bestimmt, wobei die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitnehmer im Geltungsbereich der einzelnen Tarifverhandlungen zu berücksichtigen wäre.

beibehalten, mit der Hinzufügung von Gewerkschaftszentralen. <sup>35</sup> Die Komplexität dieser neuen Organisation erfordert spezifischere Erklärungen.

Die Wiederherstellung einer starken gewerkschaftlichen Struktur ist für die PT von großer Bedeutung. Dadurch gewinnt die Partei Ressourcen und tausende Wahlhelfer (Gewerkschafter). Es handelt sich um ein System, das immer entscheidend in den Wahlkampf eingegriffen hat und zwar über persönliche Kontakte, durch Organisation von Wahlpropaganda, Einsatz von Lautsprecherwagen, Autokolonnen, Kundgebungen, Wahl-Partys, kollektive Transporte von Wählern usw. Die Vielfalt dieses Systems ist ein wertvolles politisches Kapital, das bei der Wahl 2022 fehlte, denn die Wirtschaftskraft der Gewerkschaften war durch das Ende der Gewerkschaftsbeitragspflicht geschwächt.

Ein weiteres für Gewerkschaften interessantes Thema ist die Verhandlung mit Beamten und deren Vergewerkschaftung. Der Gehaltsdruck innerhalb der verschiedenen Kategorien sollte proportional zu den Wahlversprechen sein. Dazu gehören Änderungen im Verhandlungsprozess und im Streikrecht der öffentlichen Bediensteten – ein ebenso heikles Thema.

---

<sup>35</sup> Clemente Ganz Lúcio, “A reforma das relações sindicais volta ao debate no Brasil”, **Estudos Avançados**, Vol. 34, n° 98, Jan-Abr 2020

## 5. Aktionen auf dem Arbeitsgebiet

In Bezug auf die Arbeitsreform steht in den Lula/Alckmin-Regierungsrichtlinien 2023-26 folgendes:

„Die neue Regierung wird auf der Grundlage einer breiten Debatte und Verhandlungen eine neue Arbeitsgesetzgebung mit umfassendem Sozialschutz für alle Formen der Beschäftigung, Anstellung und Arbeitsverhältnisse vorschlagen, mit besonderem Augenmerk auf Selbstständige, auf die die auf eigene Rechnung arbeiten, auf Arbeitnehmer und Hausangestellte, auf Tlearbeiter und Heimarbeiter, vermittelt durch Anwendungen und Plattformen, durch Aufhebung der regressiven Rahmenbedingungen der aktuellen Arbeitsgesetzgebung, die durch die letzte Reform und Wiederherstellung des freien Zugangs zur Arbeitsgerichtsbarkeit“<sup>36</sup> verschärft wurden.

Die Erwähnung „regressiver Meilensteine“ weist auf Veränderungen hin, die einen Rückschlag bei der Arbeitsmarktreform bedeuten können. Das Gesetz 13.467/2017 hat ein ausgeklügeltes System geschaffen, das Freiheit mit garantiertem Schutz verbindet. Es gibt den Parteien die Freiheit, verschiedene Rechte auszuhandeln, und das Ausgehandelte hat Vorrang vor dem Gesetzten. Wenn die Parteien jedoch nicht verhandeln wollen, garantiert das Gesetz den Schutz des CLT und der Bundesverfassung ohne Regression.

### a. Auslagerung

Eine der wahrscheinlichsten Forderungen der Gewerkschaftszentralen und der PT selbst wird die Änderung der Regeln für Outsourcing sein, die durch die Gesetze 13.429/2017 und 13.467/2017 festgelegt wurden. Die meisten Gewerkschafter sind mit der Möglichkeit der Auslagerung von Kernaktivitäten nicht zufrieden. Dies wird als nachteilig für Arbeitnehmer und Gewerkschaften angesehen.

---

<sup>36</sup> “Diretrizes do Governo Lula-Alckmin 2023-26”, artikel 13.



## **b. Arbeiter auf digitalen Plattformen**

Bei der Suche nach Regeln zum Schutz derjenigen, die auf digitalen Plattformen arbeiten, werden die Gewerkschaftszentralen, insbesondere die CUT, besonders daran interessiert sein, die Millionen von Arbeitnehmern, die auf diese Weise arbeiten, gewerkschaftlich zu organisieren. Diese gewerkschaftliche Organisation erhöht nicht nur den Druck auf die Unternehmen, sondern kann den Gewerkschaften auch viele Ressourcen einbringen.

## **c. Spezifische Änderungen in der Arbeitsreform**

Es ist wahrscheinlich, dass im Gesetz 13.467/2017 der Arbeitsreform spezifische Änderungen gefordert werden. Dazu gehören die Rückkehr zur Zustimmungspflicht von Entlassungen in Gewerkschaften und der Druck zur Rückkehr zu Tarifverhandlungen in mehreren Gebieten, die derzeit im Rahmen der Arbeitsreform einzeln ausgehandelt werden.

Wahrscheinlich ist die Rückkehr der Ultraaktivität eine weitere anzustrebende Veränderung.<sup>37</sup> Dasselbe kann bei Ansprüchen auf die Zahlung von Reisespesen, Änderungen der Arbeitszeitregeln, Anpassungen des Telearbeitsregimes, Änderungen der Charakterisierung und Bestrafung außerbilanzieller Schäden, Anpassungen der Regeln für ungesunde Bedingungen und andere auftreten Gesundheitsrisiken, Beteiligung der Gewerkschaften an der Vergabe von Selbstständigkeit und Aushilfsarbeit, Zustimmung der Gewerkschaften bei Massenentlassungen, Änderungen der Arbeitnehmerkommissionen, Überprüfung der verhandelbaren Rechte (Art. 611-A), allgemeine Bestimmung der unentgeltlichen Gerechtigkeit, erweiterter Geltungsbereich von Quotengesetzen, Arbeitszeitverkürzung ohne Gehaltskürzung u.a.

Beim Umgang mit Arbeitnehmerschutz dürfte der Schwerpunkt gegenüber dem bereits wichtigen Thema Gesundheit und Sicherheit noch zunehmen. Durch CIPA und andere Gremien werden Gewerkschaften versuchen, größeren Druck auf Unternehmen auszuüben.

Schließlich planen die Gewerkschaftszentralen die Wiederherstellung ihrer Machtfülle, die sie in den verschiedenen Gremien und Kommissionen der ILO in Genf hatten. Damit

---

<sup>37</sup> Das Ende der Ultraaktivität hat mehrere Unternehmen beunruhigt, die praktische Schwierigkeiten haben, die mit den Gewerkschaften ausgehandelten Leistungen vollständig und anlässlich der Basistermine zu kündigen.

wollen sie Argumente dafür sammeln, dass die brasilianische Regierung Übereinkommen zum Schutz der Arbeitnehmer ratifiziert, die dann Teil des brasilianischen Rechtssystems werden. Priorität sollte dem Artikel 158 eingeräumt werden, der ungerechtfertigte Entlassungen einschränkt, und Artikel 190, der Strafen für Unternehmen wegen Gewalt und Belästigung vorsieht.

All diese Änderungen werden in der Regel vom Nationalkongress genehmigt. Das wird nicht einfach. Schließlich machen die Regeln zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Abbau von Arbeitslosigkeit und Konflikten in den letzten Jahren, die Vorteile der Arbeitsreform für Arbeitnehmer und Arbeitgeber deutlich. Spezifische Studien haben die positiven Auswirkungen der Arbeitsmarktreform in mehreren Bereichen gezeigt.<sup>38</sup>

## Fazit

Die neue Ära der PT in der Zentralregierung weckt Hoffnungen und Sorgen. Lula versprach eine effiziente Regierung, die das Wirtschaftswachstum fördert, Arbeitsplätze schafft und eine echte Anhebung des Mindestlohns vorsieht. Nichts davon wird passieren, wenn das Ungleichgewicht der öffentlichen Haushalte und das Misstrauen der Anleger weiter bestehen. Wirtschaftliche Entwicklung erfordert ein Verhalten, das Investoren ermutigt, Risiken einzugehen, um zukünftige Gewinne zu generieren und dabei die höchstmögliche Effizienz in ihrem Geschäft anzustreben. Es ist die Aufgabe des Staates, ein gutes Geschäftsumfeld zu gewährleisten und klug in Gesundheit, Bildung, Justiz und Sicherheit zu investieren. Eine kontinuierliche Verbesserung des Humankapitals und der Arbeitsproduktivität mit angemessener Belohnung für diejenigen, die gewissenhaft und effizient arbeiten, sind für den Fortschritt unerlässlich.

In diesem neuen Mandat von Lula wird es unvermeidlich sein, Wirtschaft mit Sachkenntnis und Sparsamkeit zu betreiben. Das ist nicht der Leitgedanke der Parteien, die ihn unterstützt haben. Historisch gesehen, haben sie immer den verschwenderischen Unternehmerstaat, staatseigene Unternehmen, die Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor und die dauerhafte Mobilisierung ihrer Wählerbasis bevorzugt. Es

---

<sup>38</sup> Raphael Corbi, et. alt. "Labor Courts, Job Search and Employment: Evidence from a Labor Reform in Brazil" São Paulo: Faculdade de Economia e Administração da Universidade de São Paulo, 2022; José Pastore, Sylvania Lorena T. de Sousa und Pablo R. Carneiro, "Reforma trabalhista: a regulamentação da terceirização gerou segurança jurídica", **Migalhas**, 22.03.2022; José Pastore, Sylvania Lorena T. de Sousa und Pablo R. Carneiro, "Reforma trabalhista: segurança para empregados e empregadores", **Correio Braziliense**, 03.04.2022; Sylvania Lorena T. de Sousa, José Pastore und Pablo R. Carneiro, "Reforma trabalhista e negociação coletiva: ganhos para todos", **Migalhas**, 19.07.2022.

wird mit einem Meinungsstreit gerechnet, der von Lula selbst kontrolliert werden muss, um das Staatsdefizit nicht zu vergrößern und das Vertrauen der Anleger zu untergraben.

Diese Richtungsänderung ist eine Herausforderung. Der militante Zweig der Gewerkschaft verfolgt seit jeher die übertriebene Aktivierung sozialer Bewegungen der Versammlungspraxis, die einerseits den ihren Mitgliedern eine Stimme gibt, andererseits Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung verzögert, Innovationen hemmt und Investitionen bremst.

Inmitten dieser Dichotomie von Richtlinien müssen Gewerkschaftsfragen diskutiert werden. In der Politik der PT war die Verbindung zwischen Gewerkschaften, sozialen Mitgliederbewegungen und Versammlungen, schon immer eng. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Diskussionen im Gewerkschaftsbereich auf der Grundlage dieser Versammlung und mit Vorrang vor denen im Arbeitsbereich geführt werden. Die PT und ihre Koalitionsparteien haben die Notwendigkeit signalisiert, die Finanzen der Gewerkschaften zu stärken, damit sie eine effizientere Rolle bei Tarifverhandlungen und sozialen Bewegungen der Basis spielen können. Nach dem, was in der Literatur zu lesen ist, ist es der Anspruch der Gewerkschaftsbewegung, Veränderungen zu fördern, die die Gewerkschaften repräsentativer machen, um im sozialen und politischen Bereich zu verhandeln und zu handeln. Dies würde es auch ermöglichen, die Arbeit der Gewerkschaften in dreigliedrigen Schritten und im Nationalkongress zu stärken, um die angeblichen Verzerrungen der 2017 verabschiedeten Arbeitsreform zu korrigieren.

Alles deutet darauf hin, dass Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Kommissionen, Konferenzen und Lula selbst im Gewerkschafts- und Arbeiterbereich eine Verhaltensweise verfolgen werden, die eher dem Populismus als der Zurückhaltung und Selbstbeherrschung entspricht.

Die Zukunft der brasilianischen Wirtschaft und der Regierung selbst wird davon abhängen. Die Geschichte zeigt, dass Populismus normalerweise vier Stadien durchläuft. Im ersten, dem der Herrlichkeit, werden die verheißenen Segnungen zumindest teilweise erfüllt. Im zweiten beginnt der Zweifel an der Strategie, weil das Staatsdefizit steigt, Investitionen zurückgehen und Arbeitsplätze nicht entstehen. Im dritten kommen die ersten Anzeichen eines Zusammenbruchs mit steigender Inflation oder dem Beginn einer Rezession. Im vierten Stadium kehrt die Notwendigkeit zurück,

die öffentlichen Finanzen mit entschlossenen Maßnahmen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, was dann zu Enttäuschung in der Bevölkerung und Regierungswechsel führt.<sup>39</sup>

---

<sup>39</sup> Dornbusch und Edwards eine umfassende Einschätzung des Populismus in Lateinamerika seit den Tagen von Perón in Argentinien. Um zu sehen Rudiger Dornbusch und Sebastián Edwards, “La macroeconomía del populismo en la América Latina”, **El Trimestre Económico**, Vol. 57, no. 225, 1990. Mehrere Essays haben die Rückkehr des Populismus in der Region festgestellt. Um zu sehen Rodrigo Turrer, “Urnas trarão duelos novos entre populismo e democracia”, **O Estado de S. Paulo**, 01.01.2022.